



Verantwortet die Kassenreform: Ministerin Hartinger-Klein. Foto: APA/Planthof

Reformbeginn ohne Gesetz sorgt für Ärger

Der Beschluss eines Abänderungsantrags zur Kassenreform im Parlament erzürnt die Opposition und irritiert Verfassungsexperten.

Von Carmen Baumgartner-Pötz

Wien – In der SPÖ stehen die Zeichen auf Sturm gegen einen Nationalratsbeschluss vom Donnerstag. Dieser erlaubt Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) „Vorbereitungshandlungen“ für die Krankenkassenreform, bevor die grundlegenden Gesetze dafür in Kraft sind. Vize-Klubchef Jörg Leichtfried kündigt den Gang zum Verfassungsgerichtshof an, sollte die Änderung tatsächlich in Kraft treten. Konkret geht es um den Zugriff des Sozialministeriums auf Daten der Sozialversicherungsträger. Die SPÖ spricht – in Anspielung auf den Austrofaschismus – von einem „Ermächtigungsgesetz“. Auch von den NEOS hagelt es jetzt Kritik.

„Die Fantasie in der Koalition überrascht mich immer wieder – und das meine ich nicht positiv“, sagt der Verfassungsjurist Bernd Christian Funk zur TT. Derart umfangreiche Ermächtigungen abseits von Parlamentsbeschlüssen seien aus verfas-

sungsrechtlicher Sicht nicht aufrechtzuerhalten. Der Entwurf widerspreche dem Legalitätsprinzip und müsse konkreter, bestimmter formuliert sein; derzeit zeige er sich „grenzen- und uferlos“.

Das Urteil von Werner Zögmütz, Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen, fällt milder aus. Er sieht, da der Antrag ordnungsgemäß eingebracht worden sei, die Formalvoraussetzungen erfüllt und glaubt, dass der Bundespräsident das verfassungskonforme Zustandekommen des Gesetzes bestätigt.

Dass die Vorgangsweise der Regierungsparteien ein Tabubruch sei, würde der ehemalige ÖVP-Klubdirektor so nicht stehen lassen. Im Oktober 2017 hätten Abgeordnete der SPÖ ebenfalls einen Abänderungsantrag (zum Pensionsanpassungsgesetz) mit viel Interpretationsspielraum eingebracht. „Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz hat viele Besonderheiten, es gibt öfter unbestimmte Aussagen“, befindet Zögmütz.

Wien – Zum humanitären Bleiberecht haben die Landeshauptleute am Freitag bei ihrer Konferenz im Stegersbach einen Appell an die Bundesregierung für „höhere Sensibilität“ beschlossen. Auf einen Vorschlag für eine Änderung der Kompetenzen haben sich die Landeshauptleute nicht verständigt, teilte der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) mit. Kaiser hofft allerdings, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Für eine solche Kompetenzveränderung hatte sich zuletzt neben Kaiser vor allem der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) ausgesprochen, der für ein Mitspracherecht der Länder beim humanitären Bleiberecht plädiert. Dieses Ansinnen hatte auch die katholische Kirche unterstützt, von anderen Ländern waren dazu allerdings ebenso wie von der Bundesregierung Vorbehalte angemeldet worden. Auslöser war die geplante Abschiebung einer gut integrierten Familie in Vorarlberg, wobei die schwangere Mutter ins Spital eingeliefert und kurzfristig von ihrer Familie getrennt worden war.

Tirols Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) spricht sich jetzt derweil klar für eine Lösung für Asylwerber aus, die eine Lehre absolvieren, aber von Abschiebung bedroht sind. Jedoch müsse man klar zwischen Asyl und Migration unterscheiden. „Das darf nicht vermisch werden.“

Andererseits hält es Platter grundsätzlich für vorstellbar, über das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz eine Regelung zu finden, „um Asylwerbern, die sich aktuell in einer Lehrausbildung in unserem Land befinden, die Möglichkeit zum Abschluss dieser Lehre zu bieten“. Entscheidend sei auch

Für „höhere Sensibilität beim Bleiberecht“

LH-Konferenz konnte sich nicht auf Kompetenzänderung einigen. Platter will bei Asyl-Lehrlingen eine Regelung über Niederlassungsgesetz.



Die Landeshauptleute Hans Niessl, Wilfried Haslauer und Günther Platter begrüßen erstmals bei der Landeshauptleutekonferenz Wiens Bürgermeister Michael Ludwig (L) in ihrer Mitte. Foto: APA/Isger

eine Nachbesserung der Rot-Weiß-Rot-Card: „Hierzu hat die Landeshauptleute-Konferenz heute einstimmig beschlossen, dass wir eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit dem Bund einsetzen, um die Rot-Weiß-Rot-Card weiterzuentwickeln“, erklärt Günther Platter.

Einen Schritt weitergekommen sei man bei der Kompetenzvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Wie der Vorsitzende der LH-Konferenz, Burgenlands Hans Niessl (SPÖ), und der ebenfalls anwesende Justizminister Josef Moser (ÖVP) berichteten, habe man sich auf eine 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Kinder- und Jugendhilfe verständigt.

Eine solche 15a-Vereinbarung hatte die SPÖ zur Voraussetzung für ihre Zustimmung zum ersten Paket der

Kompetenzvereinbarung im Parlament gemacht. Sowohl Niessl als auch Moser zeigten sich deshalb zuversichtlich, dass die SPÖ am 6. Dezember im Verfassungsausschuss dem zwischen Bund und Ländern schon ausverhandelten Paket zustimmen wird.

Man habe die Inhalte für die Bund-Länder-Vereinbarung festgelegt und dabei außer Streit gestellt, dass es

nach dem Wechsel der Kompetenzen zum Bund keine Verschlechterung der Qualitätsstandards geben solle, sondern im Gegenteil sogar eine Weiterentwicklung, erläuterte Niessl bei einer Pressekonzferenz und Moser im Gespräch mit der APA. Wien und Vorarlberg seien beauftragt worden, die 15a-Vereinbarung konkret vorzubereiten, so Niessl. (APA, pn)

PRÄMIERTE WEINE BIS ZU 50 % GÜNSTIGER?



NEOS streben zwei Mandate an

Die Oppositionspartei rüstet sich „progressiv pro-europäisch“ für die EU-Wahl.

Von Karin Leitner

Wien – Andreas Schieder für die SPÖ, Harald Vilimsky für die FPÖ, Werner Kogler für die Grünen. Die Spitzenkandidaten dieser Parteien für die EU-Wahl im Mai stehen schon fest. Die ÖVP hat ihren noch nicht fixiert (es könnte erneut Othmar Karas werden), die NEOS ebenfalls nicht.

Sollte angesichts dieses Angebots eine Frau antreten? Dazu sagt NEOS-Generalsekretär Nikola Donig lediglich so viel: „Nur männliche Kandidaten werden der Demokratie nicht gerecht.“ Auch für einen Polit-Queerintest sei seine Partei stets offen. „Eine Europäerin oder ein Europäer“ müsse es jedenfalls sein, jemand, der eine dahingehende „Geschichte erzählen kann“. Zwei Mandate erstre-



Ein Mandat haben die NEOS bei der vergangenen EU-Wahl erreicht, bei der kommenden sollen es zwei Sitze werden, sagt Donig. Foto: APA/Neubauer

ben die Pinken. Spätestens Mitte März soll die Kandidaten-Liste stehen. Heute werken sie bei einer Mitgliederversammlung in Linz programmatisch. Über die zehn Kapitel des Entwurfs – von der Digitalisierung über den Arbeitsmarkt bis zur Migrati-

on – wird debattiert; und ein Leittrag zu Europa wird beschlossen. Input für das Programm hat es auch von 3500 Parteigängern gegeben, die mittels Fragebogen „Europa, red ma drüber!“ u. a. kundgetan haben, welche Themen in der EU behandelt werden

sollen. Bei der kommenden Wahl werde „die Entscheidung nicht zwischen zwei traditionellen Volksparteien fallen, sondern zwischen zwei Gruppen“, befindet Donig. Jener „mit Strache, Salvini und Orban“ und der von „progressiven Pro-Europäern“, zu denen die NEOS gehörten. „Die Liberalen müssen im EU-Parlament so stark werden, dass ohne sie nicht über die Zukunft Europas entschieden werden kann.“

Von der TT befragt, wie viel Geld die NEOS in den Wahlkampf investieren werden, sagt Donig: „Der Rahmen liegt bei 1,7 bis 2,2 Millionen Euro. Es wird etwas weniger als bei der vergangenen Nationalratswahl sein.“ Die Kosten für diese hat die Oppositionspartei dem Rechnungshof mit 1,773.967 Euro beziffert.



Pamela Rendi-Wagner ist beim SPÖ-Bundesfrauenkongress mit Standing Ovations bedacht worden. Foto: APA/Fotnirger

„Frauen wollen auch am Steuer sitzen“

Wels – Einen Tag vor der Wahl zur SPÖ-Bundesparteivorsitzenden in Wels hat Pamela Rendi-Wagner am Freitag ebendort den Bundesfrauenkongress eröffnet. Sie forderte die Frauen auf, gegen die rechtskonservative Regierung aufzustehen, die „Stück für Stück sicher ge-

glaubte Errungenschaften zurückdrängt“. Die Parteifreundinnen bedachten sie mit Standing Ovations. Nach 130 Jahren wird mit Rendi-Wagner erstmals eine Frau an der SPÖ-Spitze sein. Sie befindet: „Frauen sind nicht nur Motor des Fortschritts, sie wollen auch am Steuer sitzen.“ (TT)